

# Die Ameise

„Nimmer strebe zum Ganzen! Und lannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.  
 Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. — 45 Kr. Oesterr. Währung.  
 Expedition: S. Alte Jacobstr. 64. bei S. Bey. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. — 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. — 9 Kr. Oesterr. Währ. Zur Zusendung v. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. — 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.  
 Redakteur: Georg Lenk, NW. Stromstraße 48.

General-Rath.

Nr. 42.

Berlin, den 20. Oktober 1882.

Neunter Jahrgang.

## Amthlicher Theil des Generalraths.

39. ord. Generalrathssitzung vom 7. Oktober 1882.

Tagesordnung: 1) Zuschriften, 2) Kassenbericht pro September, 3) Berathung der Depositenordnung.

Die Sitzung wird um 8<sup>1/4</sup> Uhr Abends durch den Vorsitzenden Herrn Beng I. eröffnet. Unentschuldig fehlt Hr. Kern. Von den Revisoren ist Hr. Fette anwesend. Da das Mitglied des Generalraths Hr. Voigt sein Amt aus Familien-Rücksichten niederlegt, so soll der nächste Stellvertreter Hr. Krause-Charlottenburg einberufen und gleichzeitig bei Hrn. M. Angelt wegen event. Uebernahme des Amtes angefragt werden. Das Protokoll der 38. Sitzung wird verlesen und genehmigt und sodann in die L. D. eingetret.

Zu Punkt 1 wird durch den Hauptschriftführer in Sachen Krebs-Buda u. mitgetheilt, daß laut ihm zugegangener Nachricht vom Rechtsanwalt zur Vernehmung des Komtoir-Vorstehers Gehn Termin auf den 10. Oktober vor dem Amtsgericht Buda festgesetzt worden sei. — Seitens des Mitgliedes Hempel-Sophienau wird Aufschluß über verschiedene, die Schulverhältnisse seiner Kinder betreffende Rechtsfragen gewünscht. Der Generalrath beschließt, diese Frage zur Beantwortung dem hier kürzlich zugezogenen Rechtsanwalt a. D. Alsheski vorzulegen und akzeptirt diesen gleichzeitig auch für die Zukunft als Rechtskonsulent. — Auf die Meldung aus Königseele, daß ein dortiges Mitglied durch den Fall auf einer Treppe, welcher einen Weinbruch nach sich zog, verunglückt sei, hat der Hauptschriftführer geschrieben, daß der Verunglückte sofern er 18 Wochen der Krankenkasse angehört, Unterstützung aus dieser erhalte. — Der Generalsekretär der Maschinenbauer Hr. Andrea erklärt sich in einer Zuschrift zur glücklichen Regelung der Angelegenheit, betreffend Reklamation von 4 Mitgliedern unseres Berufs aus dem O. B. der Maschinenbauer die Namen der betr. Mitglieder mitgetheilt werden. — Von Nippes ist, wie der Hauptkassirer berichtet, jetzt der formelle Antrag der beiden, wegen Konkurs der dortigen Fabrik unterstützten Mitglieder eingegangen. — Dem Mitgliede Doppel-Lambach, welcher während der Agitationsreise des Hauptkassirers in Thüringen diesen durch Einberufung und Leitung der Versammlungen etc. auch außerhalb seines Wohnortes unterstützt hat, werden 24 M. Entschädigung für Verläumdung u. s. w. bewilligt; ebenso werden die entstandenen 11 M. Insertionskosten gedeckt. — In der Sache Neuhaus theilt der Hauptkassirer mit, daß seitens mehrerer dortigen Mitglieder, worunter auch der Revisor Dressler, ein Schreiben eingegangen sei, als Verächtlichmachung des von ihm (dem Hauptkassirer) in der „Ameise“ über die Zustände in der Neuhauser Porzellanfabrik gebrachten Mittheilungen, und daß die Unterzeichner des Schreibens gleichzeitig ihren Austritt aus dem Gewerksverein erklärten. Auch das Gutachten der Versammlung über die Verdächtigungen Dresslers gegen den dortigen Vorstand resp. speziell gegen den Kassirer Carl Bröschold ist eingegangen und stellt sich durchaus gegen Aufnahme der angeblichen Verächtlichmachung schriftlich um die Einwilligung der bei der Sache interessirten 3 Vorstandsmitglieder von Neuhaus angefragt habe, worauf Antwort noch nicht eingegangen. Wegen der Beschuldigungen Dresslers gegen den Kassirer beantragt er für letzteren zunächst die Rechtskonsultation und, im Falle des Bestehens der Möglichkeit der Klage den Rechts-

schutz resp. die Anweisung zur Klage gegen Dressler seitens des Kassirers. Der Generalrath beschließt nach längerer Debatte demgemäß. Die Aufnahme der von den früheren Mitgliedern eingesandten „Berichtigung“ soll so lange verlagert werden, bis die bei der Sache interessirten Vorstandsmitglieder von Neuhaus ihre schriftliche Einwilligung dazu gegeben haben. — Das Mitglied Jacobi-Eisenberg kam im Mai d. J. in Differenzen mit seinem Prinzipal wegen Lohnverhältnisse, welche sich jedoch wieder beilegte und machte davon dem Hauptkassirer Mittheilung. Später kündigte J. seine Stellung trotzdem freiwillig, weil er an einem andern Orte in Arbeit zu treten gedachte und in Eisenberg doch keinen festen Arbeitsplatz zu haben glaubte. Hinsichtlich des neuen Arbeitsantritts trat jedoch eine Verzögerung ein, so daß sich J. jetzt auf Reisen befindet und nun an den Hauptkassirer ein Gesuch um Unterstützung für seine Familie sendet. Das Gesuch muß abgelehnt werden, da der Austritt aus der Arbeit schließlich ein völlig freiwilliger war, Jacobi auch, im Fall er aus Anlaß der vorhanden gemessenen Differenzen hätte Unterstützung beanspruchen wollen, dies dem Statut nach s. Z. hätte beantragen müssen. — Nach den vom Hauptkassirer gemachten Feststellungen sind in der Sache Dolman 100 M. seitens des Verbandes nicht gedeckt werden, so daß, die, ein Theil der Kosten auf Grund unserer Entschädigungsbeträge berechnet, Hr. D. noch 76 M. zu erhalten hätte, wovon seitens desselben 70,80 M. bereits durch Darlehne in den Ortsvereinen etc., welche Hr. D. seiner Zeit besucht hat, erhoben worden sind, wonach also unsererseits noch 5,20 M. an Hrn. D. zu zahlen sind. Die Summe von 76 M. wird seitens des Generalraths bewilligt, und soll bei der Generalversammlung für diesen Beschluß Indemnität nachgesucht werden. — Hinsichtlich des Antrages Charlottenburg, der Generalrath möge die ohngefähre Summe feststellen, welche zur Deckung sämtlicher Beiträge arbeitsloser Mitglieder unseres Gewerksvereins jährlich vorausichtlich erforderlich sein würde, beschließt der Generalrath, zunächst die Ortsvereine zur Frage der Errichtung einer Beitrags-Unterstützungskasse Stellung nehmen zu lassen, und sodann in der Sache Beschluß zu fassen. — Punkt 1 ist erledigt.

Bei Punkt 2 der L. D. betragen die Einnahmen der Generalrathskasse im September 1882 568,32 M., die Ausgaben 408,88 M. Bestand am 1. Oktober 1882 4186,94 M. — Im Extrafond betragen im August 1882 die Einnahmen —, die Ausgaben 5 M. Bestand am 1. September 1882 4460,05 M. — Im September 1882 waren Einnahmen und Ausgaben nicht vorhanden, Bestand 1. Oktober 4429,25 M.

Zu Punkt 3 wird zunächst die Verlesung der Depositenordnung und sodann Generalkassirer über dieselbe beschlossen. Nach Verlesung derselben nimmt der Generalrath die Spezialberathung für die nächste Sitzung in Aussicht, welche über 14 Tage stattfinden soll. Schluß der Sitzung um 12<sup>1/4</sup> Uhr Nachts.

Gustav Lenk,  
Vorsitzender.

Georg Lenk,  
Hauptschriftführer.

## Die Gewinnbetheiligung der Beamten und Arbeiter industrieller Etablissements.

Aus industriellen Kreisen wird der W. Z. geschrieben: „Ob wir mit der Besprechung dieser Frage ein Lieblings-thema aller Industriellen berühren, möchten wir stark bezweifeln,

aber in einer Zeit, wo in allen Schichten der Bevölkerung der Wunsch laut geworden ist, die soziale Frage zu einem leidlichen, den Frieden zwischen Bemittelten und Unbemittelten sichernden Abschluss gebracht zu sehen, darf das Thema der Gewinnbeteiligung der Beamten und Arbeiter industrieller Etablissements nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Die sozialpolitische Bewegung verdankt ihren Ursprung der vollständigen Machtlosigkeit der unbemittelten Volksklassen, durch Handarbeit so viel verdienen zu können, um in vorgerückten Jahren, bei Nichtarbeitsfähigkeit, von den Ersparnissen leben zu können. Die sozialpolitische Bewegung würde niemals die Dimensionen angenommen haben, welche sie heute umfaßt, wenn bei Zeiten das Augenmerk auf die Versorgung der erwerbsunfähig werdenden Arbeiter geworfen wäre. Wie schwierig heute die Lösung der Versorgungsfrage der Unbemittelten ist, ersehen wir aus den ganz enormen Anstrengungen, die von Seiten der Reichsregierung auf diesem Felde gemacht werden, ohne daß dadurch bis jetzt die Sache um einen Schritt gefördert werden konnte. Die kolossale Entwicklung der Industrie — nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern der Erde — hat derselben ein so großes Arbeiterheer zugeführt, daß Hunderte von Millionen Mark dazu gehören würden, um einigermaßen für diese Anzahl Personen eine Versorgung bei Erwerbsunfähigkeit durchführen zu können. Wo diese Summen aber hernehmen? Der Reichssäckel leidet bei uns an einem chronischen Mangel von disponiblen Mitteln; hier ist also nichts zu holen. Die Industrie ist auch keineswegs in der Lage, zu jeder Zeit so bedeutende Summen abstoßen zu können, wie sie zur Versorgung der erwerbsunfähigen Arbeiter erforderlich sind, denn die Industrie kann nur etwas abgeben, wenn sie selbst etwas verdient. Daß es hiermit aber oft längere Zeit sehr schlimm steht, haben die letzten zehn Jahre bewiesen. Es bleiben nun nur noch die Arbeiter, denen man die Sorge um ihre Zukunft selbst überlassen könnte. Würde der Arbeiter in der Lage sein, dieses zu vollziehen, dann hätten wir keine soziale Frage. Der Arbeiter lebt aber meistens aus der Hand in den Mund, jeder Pfennig, den derselbe von dem ihm ausgezahlten Lohne zu andern als Ernährungs- oder täglichen Wirtschaftszwecken ausgeben soll, wird ihm zu einer Last, die ihm, wenn sie dauernd getragen werden muß — und dauernd müssen ja solche Rücklagen der Arbeiter sein, wenn durch die kleinen Beträge ein nennenswerther Effekt erzielt werden soll — Schwierigkeiten bereitet und ihn gegen seine besser situierten Mitbürger verstimmt.

Aus dem Labyrinth der sozialen Frage herauszukommen, haben hervorragende Volkswirthe bis jetzt vergeblich versucht, doch was man hier und dort von positiven Vorschlägen kennen gelernt hat, war meistens so wenig haltbar oder praktisch durchzuführen, daß es oft mehr verwirrend als klärend in der sozialen Frage wirkte.

Von Arbeiten, die eine hervorragende Beachtung in der Beurteilung der Möglichkeit der Lösung der sozialen Frage verdienen, sind es hauptsächlich die des Herrn Professor Victor Böhmert in Dresden, welche die Gewinnbeteiligung des Personals eines Unternehmens behandeln. Auch hier könnte man im ersten Augenblick zu der Ansicht neigen, daß der Forscher mehr ideale Auffassungen, als praktisch durchführbare Vorschläge bringe, allein dieses ist nicht der Fall, denn Professor Böhmert rechnet mit bereits wirklich Bestehendem und überläßt es den beteiligten Kreisen nur, sich aus den vielen von ihm vorgeschlagenen Einrichtungen in Deutschland, Schweiz, Frankreich, England u. s. w., das für jeden speziellen Zweck Geeignetesten auszuwählen. Prof. Böhmert plaidirt daher auch keineswegs für eine ganz bestimmte Art der Gewinnbeteiligung des Personals am Geschaäfte, sondern für Gewinnbeteiligung überhaupt.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Gewinnbeteiligung mit Antheilen an Geschäften schon manche Schwierigkeiten gezeigt hat, das kann aber von einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter ohne Antheil am Geschaäfte nicht gesagt werden, denn hier kann in keinem Falle der Unternehmer in seinen Dispositionen gestört, noch zu Unbequemlichkeiten oder etwas ihm Benachteiligendem gedrängt werden. Die Beteiligung der Beamten und Arbeiter mit einem gewissen, von dem Arbeitgeber festzusetzenden Prozentsatz von dem Nettogewinn des Unternehmens, scheint die einzige Möglichkeit zu sein, die Leistungen der Industrie bei der Arbeiterversorgung richtig bemessen zu können, denn hierbei wird derselben nicht etwas zugemuthet, was sie selbst nicht erhalten hat oder besitzt. Diese Gewinnbeteiligung des Personals wird, wenn sie nur auf diejenigen Beamten und Arbeiter ausgedehnt wird,

welche längere Zeit in dem betreffenden Etablissement thätig sind und sich durch Eifer und Fleiß ausgezeichnet haben, keine wesentliche Belastung der Industrie bilden, weil mit voller Bestimmtheit anzunehmen ist, daß Beamte und Arbeiter, durch die Gewinnbeteiligung angeregt, ihre Leistungen nach Kräften erhöhen werden.

Mindestens ebenso wichtig, wie die Art der Gewinnbeteiligung der Beamten und Arbeiter, ist die Frage über die Art der Anlage oder Verwendung dieser Gelder. Gewährt ein Industrieller oder eine Gesellschaft dem Arbeitspersonal eine Beteiligung an dem Gewinn des Geschäfts, so geschieht es doch nur, um sich einerseits dauernd einen zuverlässigen und tüchtigen Beamten- und Arbeiterstand zu erhalten, dann aber auch in der Voraussetzung, daß durch die Gewinnbeteiligung die moralische Verpflichtung beseitigt wird, im Alter sich der Erwerbsunfähigkeit, und bei Todesfall sich deren Wittwen und Waisen annehmen zu müssen. Mag nun ein Industrieller in der Gewährung der Höhe der Gewinnantheile noch so freigebig sein, es ist dabei immer zu berücksichtigen, daß der Betrag sich auf viele Köpfe vertheilt, und daß dann auf den Einzelnen niemals eine bedeutende Summe fallen kann. Geht dieser kleine Betrag aber sofort in die Hände der einzelnen Personen über, so ist es ganz selbstverständlich, daß er in den meisten Fällen auch sofort ausgegeben wird, ohne daß dadurch ein großer wirtschaftlicher Effekt verzeichnet werden kann. Es müssen also Mittel und Wege gefunden werden, die einestheils zu dem mit der Gewinnbeteiligung des Personals von den Industriellen erstrebten Ziele führen, andererseits aber auch den Beamten und Arbeitern die Ueberzeugung verschaffen und die Gewißheit geben, daß ihnen die Belohnung für ein langjähriges treues Wirken nicht doch schließlich verloren geht, sondern für die Zeit des Bedarfs erhalten bleibt. Hierbei fällt uns denn die Anstalt ein, die gelegentlich der letzten Attentate gegen unseren Kaiser, aus kleinen Gaben des ganzen deutschen Volkes errichtet ist, um die Sicherstellung des Alters unbemittelter Personen anzubahnen. Es ist dieses die Kaiser-Wilhelmspende. Daß diese Anstalt nicht derartig organisiert ist, um im Falle eintretender Invalidität in Folge von Unfall beizutragen zu können, ist eine bekannte und vielbesprochene Thatsache. Anders liegt es aber, wenn man die reine Altersversorgung ins Auge faßt. Um die freiwillige Altersversorgung der Arbeiter durch die Arbeitgeber zu erleichtern, sind vor kurzer Zeit von der Kaiser-Wilhelmspende einige ganz wesentliche Änderungen des Statutes und des Geschäftsbetriebes vorgenommen, die allerdings bis jetzt wenig bekannt geworden sind. Wir können uns unmöglich heute auf diese neuen Einrichtungen spezieller einlassen; für uns genügt es vorläufig darauf hinzuweisen und den Effekt klar zu stellen, den man eventuell durch dieselben bei der Kaiser-Wilhelmspende erreichen kann. Das können wir am besten, wenn wir mit bestimmten Zahlen rechnen.

Nehmen wir einmal an, daß ein industrielles Etablissement, welches 1000 Arbeiter beschäftigt, ein Anlage- und Betriebskapital von 3 000 000 M. zu verzinsen hat. Der Durchschnittsnettogewinn eines solchen Werkes ist, bei einer Gewinnbeteiligung der Beamten und Arbeiter von 10 Prozent am Nettogewinn, 5 Prozent obigen Kapitals. Es würden demnach jährlich 150 000 M. an den Eigenthümer des Etablissements zur Verzinsung seines Kapitals und 15 000 M. an das Personal des letzteren als Gewinn fallen. Von den im Werke beschäftigten 1000 Arbeitern sind Lehrlinge sowie erst ein oder zwei Jahre thätige Personen von der Gewinnbeteiligung ausgeschlossen; schätzen wir diese durchschnittlich immer auf 400 Mann, so würden vorstehende 15 000 M. nur an 600 Arbeiter und Beamten — nehmen wir an — zu gleichen Theilen zur Vertheilung kommen und somit auf den Kopf 25 M. entfallen. Dieser Betrag würde nun auf den Namen eines jeden Beteiligten regelmäßig bei der Kaiser-Wilhelmspende mit dem Vorbehalt eingezahlt, daß derselbe erst nach dem 60. Lebensjahre demselben, oder falls er früher sterben sollte, seiner Familie in der laut Tarif und Statut bestimmten Höhe anzuhändigen ist. Nehmen wir nun an, daß das Durchschnittsalter der Arbeiter eines Etablissements 35 Jahre ist, so würde bei der regelmäßigen jährlichen Einlage von 25 M. auch durchschnittlich jeder Arbeiter nach zurückgelegtem 60. Lebensjahre ein Kapital von 1160 M. zur Altersversorgung erhalten, während, wenn der Betreffende früher stirbt, seine Familie die bis dahin eingezahlten Beiträge ohne Abzug zurück erhalten würde. Da nun aber die Kaiser-Wilhelmspende keinerlei Verwaltungskosten zu bestreiten hat, weil dieselben aus den Zinsen des seiner Zeit angebrachten Kapitals gedeckt werden und die Tabellen mit großer Vorsicht aufgestellt

sind, so ist mit ziemlicher Gewissheit anzunehmen, daß sich vorstehende Beträge noch um 20 Prozent erhöhen werden und die Kapitalzahlung nach beendeter 60. Lebensjahre etwa 1400 Mt. betragen wird.\*)

Man wird zugeben müssen, daß diese Lösung der Altersversorgungsfrage keine unmögliche ist, und wünschenswerth wäre es nur, wenn die Kaiser Wilhelmspende sich der Sache mit aller Energie annehmen möchte; wir zweifeln nicht, daß wenn sie die Vermittlerrolle zwischen Arbeitgebern und Arbeitern übernimmt, recht bald vielen Arbeitern die Sorge um das Alter abgenommen werden wird. Diese immerhin bedeutende Kapitalzahlung nach dem sechszigsten Lebensjahre hat wirthschaftlich einen viel weitgehenderen Werth, als er oben angedeutet ist; denn selten wird wohl der ganze Betrag zur Altersversorgung allein verwendet werden, es wird wohl oft nach dem Tode des alten Mannes noch so viel übrig bleiben, um den Kindern die Begründung des eigenen Heerdes zu erleichtern. Hoffen wir daher, daß diese Gewinnbetheiligung der Beamten und Arbeiter recht bald allgemeine Einführung findet, dann wird sich auch schneller als viele denken, die Verstimmung der Besitzlosen gegen die Besitzenden legen."

\*) Wir werden auf diese Frage nochmals zurückkommen.

Die Redaktion.

### Sozialpolitische Nachrichten.

\*\* Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik hat am 9. Oktober in Frankfurt a. M. unter Vorsitz des Herrn Prof. Rasse aus Bonn begonnen. Erster Gegenstand der Tagesordnung war das Thema: „Grundeigentumsvertheilung und Erbrechtsreform im Deutschen Reiche.“ Referent; Professor Dr. von Miaskowski (Breslau). Nach langer Debatte resumirte der Vorsitzende die Verhandlungen dahin, daß von allen Seiten die schlechte Lage der Grundbesitzverhältnisse anerkannt und dies dem jetzt bestehenden Erbrechte zugeschrieben werde. Ueber die Mittel zur Abhilfe sei man abweichender Meinung.

Zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung: „Internationale Fabrikgesetzgebung“ ergreift zunächst Herr Prof. Sohn (Zürich) als Referent das Wort. Derselbe bespricht in erster Linie die verschiedenen Anregungen dieser Frage, namentlich die von Seiten der Schweiz im Jahre 1880. Die Antworten der übrigen Staaten lauteten bekanntlich ablehnend. Er habe sich schon damals in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie“ gegen die Durchführbarkeit der internationalen Fabrikgesetzgebung erklärt. Eine internationale Gesetzgebung könne es erst geben, wenn es einen internationalen Staat giebt. Vorläufig könne man darunter nur eine gemeinsame Verständigung auf Grundlage analoger Verhältnisse verstehen. Der nationale Eigensinn stelle sich immer durchgreifenden Maßregeln in dieser Beziehung entgegen. Die Schwierigkeit der Fabrikgesetzgebung bestehe wesentlich darin, daß sie an die Bevölkerungsfrage anknüpft. Das wahrhaft eiserne Gesetz, so weit es überhaupt ein solches gebe, sei das Bevölkerungsgesetz. Wer da meine, daß man mit idealen Wünschen etwas helfen könne, verstehe die Aufgaben der sozialen Reform nicht. Wer den Arbeitstag beschränke, dem Arbeiter die Ueberstunden verbiete, der sehe kalten Herzens die Verminderung der Einkünfte desselben an. Das eidgenössische Fabrikgesetz sei heute, fünf Jahre nach seiner Einführung noch nicht durchgeführt worden, auch der Normal-Arbeitstag nicht, weil die Zentralgewalt gegenüber den Kantonen nicht energisch genug auftreten könne. Wie soll es aber nun bei einer internationalen Fabrikgesetzgebung werden? Sollte es wirklich zu einer derartigen Vereinbarung kommen, so stände man immer wieder vor der Schwierigkeit der Durchführung. Denkbar wäre ja die Möglichkeit, diese Schwierigkeiten zu überwinden, aber nicht denkbar wäre der Erfolg einer frühreifen Einführung. Herr Fabrikbesitzer Dr. Frank (Charlottenburg) als Korreferent kommt von seinem praktischen Standpunkte aus zu ganz denselben Folgerungen, wie der Vorredner. Er glaubt, daß man China und Japan mit in diese Verträge hineinziehen müsse, da z. B. die chinesischen Gespinste, auf europäischen Maschinen hergestellt, schon jetzt den englischen Konkurrenz machen. Es würde nie möglich sein, den verschiedenen Ansprüchen des nordischen und südländischen Arbeiters in gleicher Weise gerecht zu werden. — In der Debatte hob u. A. Herr Miquel hervor, daß die nationale Fabrikgesetzgebung nicht von der internationalen abhängig gemacht werden dürfe, dadurch halte man sie nur unnütz an. Der Vorsitzende resumirte die Verhandlungen dahin, daß die nationale Fabrikgesetzgebung von Niemandem an-

gegriffen sei. Das Maß derselben sei aber der verschiedenen Kulturstufe des betreffenden Volkes anzupassen. Anderer hervorgehoben worden, ob nicht wenigstens gewisse minimale Forderungen durch internationale Abmachungen berücksichtigt werden können.

### Vermishtes.

— Fr. Jacob Müller †. Wir uns aus Coburg mitgetheilt wird, ist der Redakteur des „Sprechsaal“, Fr. Jakob Müller, am 11. d. Mts, Abends gegen 6 Uhr verstorben. Der Verstorbene ist in Gotha, jedenfalls seiner Bestimmung gemäß, durch Feuer bekrattet worden. Mag man dem Verstorbene im Leben gegenüber gestanden haben wie man wolle, man wird jedenfalls der Energie die Achtung nicht verjagen können, mit welcher er sich vom einfachen Arbeiter zu der von ihm innegehabten Stellung emporgearbeitet hat.

— In den Graf Hugo Hündel'schen Gruben-Gewerkschaften in Oberschlesien ist nachstehendes dankens- und nachahmenswerthe Proklama in deutscher und polnischer Sprache angeschlagen:

„Cariburg, den 28. September 1882.“

„Lieber Herr Schröder!“

„Die Landtagswahlen in Preußen stehen bevor. So weit mein Verstand und Einfluß reicht, ersuche ich Sie, der widerwärtigen Wahltyrannie ein Ende zu bereiten, die sich seit Jahren in Oberschlesien eingebürgert hat.“

Nach meinem Willen muß auch der letzte Arbeiter der freien Wahlabstimmung theilhaftig sein, ohne daß er in seiner Stellung und seinem Verdienst bedroht oder geschädigt wird.

Ihr ergebener

Hugo Graf Hündel Donnerstag.

Herr Schröder — Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht für Schlesien und bisheriger Abgeordneter für Lippstadt — ist Generalmandatar des Grafen Hündel.

### Vereins-Nachrichten.

§ Eisenberg. Protokoll der Ortsversammlung vom 7. Oktober 1882. Wegen Erkrankung des Vorsitzenden eröffnete der Schriftführer L. Werner um 8 Uhr in Anwesenheit von 15 Mitgliedern die Versammlung. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt. Punkt 1. Beitragszahlung erledigte sich von selbst. Bei Punkt 2, Aufnahme neuer Mitglieder, meldeten sich Herr Wilhelm Jahn, Zimmermann, ferner die Herren Johann Bauer, Alfred Holland, Karl Gladerer, Heinrich Leuchtman n, sämtlich Dreher und wurden dem Generalrath empfohlen. Bei Punkt 3, Innere Angelegenheiten, wurde einstimmig beschlossen, die „Ameise“ wie bisher nachträglich zu bezahlen, da hier der Wechsel zu stark ist und würden dann die Mitglieder durch Vorausbezahlung geschädigt, ferner wurde beschlossen den Generalrath zu ersuchen eine Ameise und einen Gewerksverein wöchentlich mehr zu schicken, da selbiger zur Ausbreitung im Vereinslokal niedergelegt werden soll. Zu Punkt 4, Verschiedenes, beschloß die Versammlung ein gemeinschaftliches Ländchen am 12. November im Altenburgerhof abzuhalten. Gäste haben durch Einladung Zutritt.

Nachdem Mitgliederversammlung der örtlichen Verwaltungsstelle. Punkt 1 der Tagesordnung, Zahlen der Beiträge, wurde erledigt. Bei Punkt 2, Aufnahme neuer Mitglieder meldeten sich die fünf Herren wie oben und sind dem Vorstand empfohlen. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung um 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr geschlossen.

L. Werner, Schriftführer.

§ Wittenau. Protokoll der Ortsversammlung vom 16. September 1882. Um 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr eröffnet der Vorsitzende v. Seidel die Versammlung. Anwesend sind 16 Mitglieder. Nachdem das letzte Protokoll verlesen und genehmigt, wird in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1. Zahlen der Beiträge, war bereits erledigt. Zum 2. Punkt, Ausschluß von Mitgliedern sollen durch den Kassirer 2 Mitglieder dringend ermahnt werden, ihre rückstehenden Beiträge zu bezahlen. Zum 3. Punkt, Geschäftlichen theilt der Vorsitzende mit, daß für die Wittve Siekmann vom Ortsverein Altwasser 23 Mark eingegangen sind. Da im Ortsverein wie in der örtlichen Verwaltung weiter nichts vorliegt, wird die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

K. Fröhlich, Schriftführer.

§ Althaldensleben. Protokoll der Ortsversammlung vom 20. September 1882. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Hrn. Schilling um 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr eröffnet. Anwesend sind 15 Mitglieder. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt, und zum 1. Punkt der Tagesordnung geschritten. Diskussion über den Artikel Dollmann in der Ameise. Der Artikel wurde nochmals verlesen, worauf die Versammlung den Ausführungen des Hrn. Dollmann beistimmte, Anträge sich jedoch bis zur nächsten Generalversammlung vorbehielt. Zu Punkt 2 Anträge und Beschwerden lag nichts vor. Zum 3. Punkt wurden die Beiträge entgegen genommen und erfolgte Schluß der Versammlung um 9 Uhr. — Hierauf wurde die Versammlung der Krankenkasse eröffnet. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde genehmigt. Zum Punkt 1 lagen weder Anträge noch Beschwerden vor. Bei Punkt 2 wurden die Beiträge gezahlt und schloß Vorsitzender die Versammlung um 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

M. Niedt, Schriftführer.

**\* Rechnungs-Abschluss des Extra-Unterstützungsfonds pro 3. Quartal 1882.**

Einnahme.		M.	pf.
In Vortrag		27	05
Zinsen pro 1. Semester 1882		88	00
<b>Gesamt-Vermögen.</b>			115
1400 M. 4% Berl. Pfdbf. 100,30		4413	20
Kassenbestand		16	05
		4429	25

Ausgabe.		M.	pf.
Per Extra-Unterstützung		91	00
Beiträge für die Invalidenkasse		8	00
<b>Saldo</b>		99	00
		115	05

Revidirt und für richtig befunden. Berlin, den 9. Oktober 1882.  
 N. Münchow, C. Duve, J. Koch, F. Fette.

Berlin, den 1. Oktober 1882.  
 J. Bey, Hauptkassirer.

**\* Rechnungsabschluss der Hauptkasse der Kranken- und Begräbniskasse (eingechr. Hülfsk.) pro 3. Quartal 1882.**

Einnahme.		M.	pf.
Prozentrendungen		2550	86
Zinsen		184	50
Kassenbestände aufgelöster Ortsvereine		3	00
Kauttionen		29	60
Verkaufte Drucksachen		3	60
<b>Gesamt-Vermögen.</b>			2771
8400 Mark 4% Berl. Pfdbf. 100,30		8425	20
900 Mark 5% Berl. Pfdbf. 108,00		972	00
Kassenbestand		163	72
		9560	92
Kauttion ab		928	07
		8637	85

Ausgabe.		M.	pf.
Per Gehalt des Hauptkassirers		135	00
Porto		8	85
Bureaubedarf und Material		12	60
Drucksachen (Abschlussformulare und Beitritts-Erklärungen)		18	00
Entschädigung für Vorstandssitzungen		4	25
Entschädigung für Kommissionssitzungen		2	00
Entschädigung für Revision der Kasse		2	70
Aushilfe an die örtlichen Verwaltungsstellen		1799	38
Inserate, Protokolle und Bekanntmachungen		153	36
Gekaufte Werthpapiere		306	25
Zurückgezahlte Kauttionen		17	73
Kauttionszinsen		—	52
Mehrausgabe vom 2. Quartal		146	70
<b>Saldo</b>		2607	34
		163	72
		2771	06

Örtliche Verwaltungsstellen Ende Juni 37.  
 Mitgliederzahl Ende Juni 1153.  
 Kassenbestand der Ortsklassen Ende Juni 1882  
 Revidirt und für richtig befunden. Berlin, den 9. Oktober 1882.  
 F. Fette, N. Münchow, C. Duve, J. Koch.

Berlin, den 1. Oktober 1882.  
 J. Bey, Hauptkassirer.

**\* Neuhaus am Rennweg.** (Verspätet eingesandt.)\* Protokoll der Ortsversammlung vom 21. August 1882. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Hrn. Richard Hampe bei Anwesenheit von 9 Mitgliedern Abends 8 Uhr eröffnet. Zu Punkt 1 kam zur Sprache, daß die auf den 7. September durch Hrn. J. Bey aus Berlin anberaumte Versammlung durch Plakate in öffentlichen Lokalen von Neuhaus, Igelshieb und Schmalenbuche bekannt gegeben werde. Punkt 2, Vorlegung des Quartalsabschlusses pro 2. Quartal 1882. Bestand vom vorigen Quartal 28,96 M., Einnahme 27,30 M., Ausgabe 23,82 M., Bestand 32,44 M. Da Bücher und Kasse vom Revisor Hrn. Dreßler nach genauer Prüfung für richtig befunden, wurde der Kassirer entlastet. Zu Punkt 3 erfolgt Zahlen der Beiträge. Bei Punkt 4 wurden wegen resignirender Beiträge ausgeschieden Hermann Müller (Schweizer) und Ludwig Marr.

In der Versammlung der Krankenkasse waren ebenfalls 9 Mitglieder anwesend. Zu Punkt 1 erfolgt Zahlen der Beiträge. Bei Punkt 2, Vorlegung des Quartalsabschlusses pro 2. Quartal 1882, war Bestand vom vorigen Quartal 106,97 M., Einnahme 77,77 M., Ausgabe 40,63 M., Bestand 144,11 M. Nachdem vom Revisor Hrn. Dreßler nach genauer Prüfung Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden, wurde der Kassirer entlastet. Bei Punkt 3 wurden wegen resignirender Beiträge ausgeschieden Hermann Müller (Schweizer) und Ludwig Marr. Schluß der Versammlung Abends 11 Uhr.  
 Anton Bröschold, Schriftführer.

\*) Wir erlauben, indem wir die Aufnahme dieses Protokolls noch bewirken, in Zukunft um frühere Einsendung, da das Protokoll nach so langer Zeit unbedingt seinen Zweck verfehlt.  
 Die Redaktion.

**Quittung über eingegangene Beträge pro September 1882.**  
 Limbach Mark 8,10, Rudolstadt 33,60, Pille-Moabit 2,00, Stükerbach 28,28, Denicke 3,20, Goshning 7,20, Boehm 36,53. Summa 118,91 M.  
**Von der Hauptkasse sind im September zurückgezogen:**  
 Eisenberg Mark 75,00, Budau 60,00, Stükerbach 28,58. Summa 163,58 Mark.  
**Quittung über eingesandte Kauttionen im September 1882.**  
 Stükerbach 0,75 Mark.  
 J. Bey, Hauptkassirer.

**Versammlungskalender.**

\* **Moabit. Generalrathssitzung am Sonnabend, den 21. d. M.** Abends 8 Uhr bei Reichert, Stromstraße 48. T. D.: 1. Zuschriften, 2. Kassenbericht pro 3. Quartal und Bericht der Generalrevisoren, 3. Berathung der Depositenordnung, 4. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. — Alsdann **Vorstandssitzung.** Tagesordnung außer Punkt 3 dieselbe.  
 Gustav Lenk, J. Bey, Georg Lenk.  
 Vorsitzender, Hauptkassirer, Hauptschriftführer.

Verantwortlich für die Redaktion Georg Lenk. Druck und Verlag von Gustav Denicke, Berlin N.W., Alt-Moabit 53.

**\* Altwasser.** Ortsversammlung am **Sonnabend, den 21. Oktober 1882,** Abends 8 Uhr im Gasthof zum „Eisernen Kreuz“. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Kassenbericht pro 3. Quartal und Bericht der Revisoren, 3. Vortrag des Herrn Lehrer Hoffhaus über das Thema: Die alten Griechen, 4. Anträge und Beschwerden. — Hierauf Mitgliederversammlung der örtlichen Verwaltungsstelle. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Kassenbericht, 3. Vorschläge und Beschwerden. Um zahlreiches Erscheinen wird erjucht.  
 Aug. Schroll, Schriftführer.

**\* Budau.** Ortsversammlung am **Sonnabend, den 21. Oktober 1882** im Gasthof zum schwarzen Adee. Tagesordnung: 1. Zahlen der Beiträge, 2. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern, 3. Geschäftliches, 4. Anträge und Beschwerden. Hierauf Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle. Tagesordnung: 1. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern, 2. Fragekasten, 3. Geschäftliches.  
 M. Fröhlich, Schriftführer.

**\* Der Medizinalverband der Moabiter Ortsvereine** hält am **Montag, den 23. d. M.,** Abends 8 Uhr bei Reichert, Stromstraße 48, seine **Generalversammlung** ab. Tagesordnung: Vierteljahresbericht, Anträge auf Statutenänderung etc.  
 Der Vorstand.

**An die Mitglieder des O.-V. Moabit!**

Der Ortsverein Moabit veranstaltet seinem Beschlusse gemäß in diesem Jahre eine Weihnachtsgescheerung für die Kinder seiner Mitglieder. Behufs Aufbringung noch nöthiger Mittel findet in nächster Zeit eine Verlosung von seitens der Mitglieder dem Verein geschenkten Gegenständen statt. (Der Hauptgewinn behält sich event. das Komitee zum Ankauf vor.)

Wir erlauben nun die Mitglieder, das Unternehmen sowohl durch Aufopferung kleiner Gaben, als durch Entnahme von Loosen zu unterstützen. Bessere Lad durch Vertrauensmänner auf den Fabriken zu halten. Preis à 30 Pfg. Kleine Geschenke nimmt entgegen Gustav Lenk senior, Stromstraße 48.  
 Der Ausschuß.

**Zur Beachtung!**

Empfehlenswerthe Schriften für die Ortsvereine, zu beziehen durch das **Verbandsbureau, S., Alte Jakobstraße 64.**  
**Die Invaliden-Pensionkassen und die Gesetzgebung,** von F. Wöllmer. 60 Pf.  
**Die Jahresberichte der Fabriken-Inspektoren für das Jahr 1877 u. 1878.** 4,50 M.  
**Natur und Ursachen des Volkswohlstandes** von Adam Smith 16 Bieferungen à 40 Pf.  
**Der Handwerker nach den Forderungen der Gegenwart,** von G. Rath. 60 Pf.  
**Die Hülfskassen-Gesetze,** von Dr. Max Firsch. 10 Pf.